**S t a t u t e n**

**der**

**Wegbaugenossenschaft**

**N a m e**

**1. A b s c h n i t t: Allgemeine Bestimmungen**

Artikel 1 **Begriff**

Wo diese Statuten für Personen die männliche Form wählen, gelten sie auch für weibliche Personen.

Artikel 2 **Name und Sitz**

Unter dem Namen “Wegbaugenossenschaft Name" besteht mit Sitz in der Gemeinde Name eine öffentlich-rechtliche Bodenverbesserungsgenossenschaft im Sinne von Artikel 703 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB; Systematische Sammlung des Bundesrechts [SR] 210), Artikel 87 des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (EG/ZGB; Urner Rechtsbuch [RB] 9.2111) und der Verordnung über die öffentlich-rechtliche Bodenverbesserungsgenossenschaft (RB 9.3616).

Artikel 3 **Zweck**

1Die Genossenschaft bezweckt den Bau, Ausbau, Unterhalt und Betrieb der Weganlagen, gemäss Plan Nr. XXXX vom Datum.

2Der Plan gemäss Absatz 1 ist Bestandteil dieser Statuten.

**2. A b s c h n i t t: Mitgliedschaft**

Artikel 4 **Mitglieder**

1Mitglied der Genossenschaft ist jeder Eigentümer eines Grundstücks, das vom Plan gemäss Artikel 3 erfasst wird.

2Die jeweiligen Grundeigentümer gemäss Anhang sind demnach Mitglieder der Genossenschaft.

3Der Vorstand führt das Verzeichnis über die Mitglieder der Genossenschaft.

Artikel 5 **Besondere Fälle**

1Steht ein Grundstück im Mit- oder Gesamteigentum, haben die Mit- oder Gesamteigentümer eine Vertretung zu bestimmen, welche die Mitgliedschaftsrechte ausübt.

2Wer Eigentümer mehrerer vom Plan erfasster Grundstücke ist, gilt bezüglich der Mitgliedschaftsrechte als ein Mitglied.

Artikel 6 **Beginn der** **Mitgliedschaft**

1Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Gründungs- oder Erweiterungsbeschluss der Genossenschaft.

2Wer ein vom Plan erfasstes Grundstück erwirbt, wird mit dem Eigentumsübergang Mitglied der Genossenschaft.

Artikel 7 **Erlöschen der Mitgliedschaft**

1Wer nicht mehr Eigentümer eines vom Plan erfassten Grundstückes ist, verliert die Mitgliedschaft. Massgebend ist der Zeitpunkt des Eigentumsübergangs.

2Ein Anspruch auf das Genossenschaftsvermögen ist ausgeschlossen.

Artikel 8 **Anmerkung im Grundbuch**

Die Justizdirektion Uri meldet von Amtes wegen die Mitgliedschaft der Grundeigentümer in der Genossenschaft zur Anmerkung im Grundbuch an.

Artikel 9 **Pflichten**

Die Mitglieder der Genossenschaft sind verpflichtet:

a) die Beschlüsse der Generalversammlung und des Vorstands zu befolgen

b) die von der Generalversammlung beschlossenen Abgaben zu entrichten

c) für mindestens vier Jahre ein Amt in der Genossenschaft anzunehmen

**3. A b s c h n i t t: Organisation**

**1. Unterabschnitt: Allgemeines**

Artikel 10 **Organe**

Die Organe der Genossenschaft sind:

a) die Generalversammlung

b) der Vorstand

c) die Kontrollstelle

**2. Unterabschnitt: Generalversammlung**

Artikel 11 **Einberufung**

1Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich einmal innerhalb der ersten drei Monate des Jahres, regelmässig am Sitz der Genossenschaft, statt.

2Eine ausserordentliche Generalversammlung ist auf Beschluss des Vorstands oder auf Antrag von einem Fünftel, mindestens jedoch drei Mitgliedern der Genossenschaft, einzuberufen.

3Die Einberufung erfolgt mindestens zehn Tage im Voraus unter Angabe der Traktanden durch schriftliche Einladung des Vorstands an alle Mitglieder der Genossenschaft. Zudem kann die Einladung im Amtsblatt des Kantons Uri veröffentlicht werden.

4Anträge der Mitglieder der Genossenschaft zuhanden der ordentlichen Generalversammlung sind spätestens bis zum 31. Dezember bzw. zuhanden der ausserordentlichen Generalversammlung mindestens zwei Wochen im Voraus, schriftlich an den Vorstand zu richten.

Artikel 12 **Aufgaben und Befugnisse**

1Die Generalversammlung ist das oberste Organ der Genossenschaft.

2Ihr stehen folgende unübertragbare Aufgaben und Befugnisse zu:

a) die Wahl des Präsidenten, der übrigen Vorstandsmitglieder und der Kontrollstelle

b) die Wahl in besondere Ämter und Kommissionen

c) die Wahl der Wegmeister

d) der Beschluss über das Projekt und allfällige Projektänderungen sowie über den Bau, Ausbau, Unterhalt und Betrieb der genossenschaftlichen Weganlagen

e) die Abnahme des Jahresberichts, der Jahresrechnung sowie des Berichts der Kontrollstelle

f) die Genehmigung des Voranschlags

g) die Entlastung des Vorstands und der Kontrollstelle

h) die Bewilligung der erforderlichen Kredite

i) die Festsetzung des Perimeterbeitrags, der Jahresgebühr- und Unterhaltsgebühr sowie der festen Entschädigung für Amtsverrichtungen nach Artikel 19

j) der Erlass von Reglementen über den Bau, Ausbau, Unterhalt und Betrieb der genossenschaftlichen Weganlagen

k) der Erlass von Abgabereglementen

l) die Behandlung von Anträgen des Vorstands und der Mitglieder der Genossenschaft

m) die Erledigung von Rekursen der Mitglieder der Genossenschaft gegen Beschlüsse des Vorstands

n) die Festsetzung und Änderung der Statuten, unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Regierungsrat

o) der Beschluss über die Auflösung und Liquidation der Genossenschaft

Artikel 13 **Abstimmung**

1Jedes Mitglied der Genossenschaft hat an der Generalversammlung nur eine Stimme.

2Mit- und Gesamteigentümer haben gemeinsam nur eine Stimme.

3Bei Abstimmungen und Wahlen entscheidet das absolute Mehr.

4Für Statutenänderungen und den Auflösungsbeschluss bedarf es einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Genossenschafter.

5Bei Stimmengleichheit bei Abstimmungen gibt der Präsident den Stichentscheid.

6Bei Stimmengleichheit bei Wahlen entscheidet das Los.

7Abstimmungen und Wahlen erfolgen mit offenem Handmehr, sofern nicht zwei Fünftel der anwesenden Genossenschafter die geheime Stimmabgabe verlangen.

Artikel 14 **Stellvertretung**

1Jedes Mitglied der Genossenschaft kann sein Stimmrecht selber ausüben oder sich dabei durch ein Nichtmitglied vertreten lassen.

2Die Stellvertretung hat sich durch eine schriftliche Vollmacht auszuweisen.

3Die Übernahme mehrerer Stellvertretungen ist unzulässig.

**3. Unterabschnitt: Vorstand**

Artikel 15 **Zusammensetzung**

1Der Vorstand besteht aus mindestens drei Mitgliedern, nämlich dem Präsidenten, dem Sekretär und dem Kassier. Der Präsident wird von der Generalversammlung gewählt, im Übrigen konstituiert sich der Vorstand selbst.

2Der Vorstand wird von der Generalversammlung auf eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Die Wiederwahl ist zulässig.

Artikel 16 **Aufgaben und Befugnisse**

1Der Vorstand nimmt alle Aufgaben wahr und übt alle Befugnisse aus, die keinem anderen Organ übertragen sind. Er leitet die Genossenschaft und vertritt sie nach aussen.

2Er hat namentlich folgende Aufgaben und Befugnisse:

a) die Vorbereitung der ordentlichen und ausserordentlichen Generalversammlung und deren Einberufung

b) die Ausarbeitung des Jahresberichts, der Jahresrechnung und des Voranschlags zuhanden der Generalversammlung

c) die Nachführung des Plans über die genossenschaftlichen Weganlagen und die Führung des Verzeichnisses über die Mitglieder der Genossenschaft

d) der Antrag zur Festsetzung des Perimeterbeitrags, der Jahres- und Unterhaltsgebühr sowie der festen Entschädigung für Amtsverrichtungen nach Artikel 19 zuhanden der Generalversammlung

e) die Festsetzung der Entschädigung nach Artikel 30 für die Einräumung der Rechte nach Artikel 29

f) die Erteilung der Bewilligung für die Sondernutzung und die Festsetzung des Beitrags für die Sondernutzung

g) die Ausarbeitung von Reglementen über den Bau, Ausbau, Unterhalt und Betrieb der genossenschaftlichen Weganlagen zuhanden der Generalversammlung

h die Ausarbeitung von Abgabereglementen zuhanden der Generalversammlung

i) die Leitung und Beaufsichtigung von Bau, Ausbau und Unterhalt der genossenschaftlichen Weganlagen

j) der Abschluss von Rechtsgeschäften über die Benützung der genossenschaftlichen Weganlagen

k) der Vollzug der Beschlüsse der Generalversammlung

l) die Regelung der Zeichnungsberechtigung

m) die Auferlegung von Bussen bis Fr. 100.00 an die Mitglieder der Genossenschaft, die den Anordnungen des Vorstands böswillig keine Folge leisten

Artikel 17 **Finanzkompetenz**

Der Vorstand ist berechtigt, ausserhalb der von der Generalversammlung bewilligten Kredite, jährlich über höchstens Fr. 2'000.00 frei zu verfügen.

Artikel 18 **Besondere Aufgaben einzelner Vorstandsmitglieder**

1Der Präsident oder in seiner Vertretung der Vizepräsident leitet die Generalversammlungen und die Vorstandssitzungen.

2Der Sekretär erledigt die schriftlichen Arbeiten und führt das Protokoll.

3Der Kassier besorgt die Kassa und die Buchführung. Er berücksichtigt dabei die Vorschriften des Schweizerischen Obligationenrechts (SR 220) über die kaufmännische Buchführung (Art. 957 ff.).

Artikel 19 **Entschädigung**

Den Mitgliedern des Vorstands, der Kontrollstelle und der besonderen Kommissionen sind die Barauslagen, die ihnen bei Amtsverrichtungen erwachsen, zu vergüten. Die Generalversammlung kann ihnen zusätzlich eine feste Entschädigung sprechen.

Artikel 20 **Amtsübergabe**

1Abtretende Vorstandsmitglieder haben sämtliche sich in ihrer Hand befindlichen Akten der Genossenschaft, wie Pläne, Protokolle, Kassabücher und Belege mit einem Verzeichnis dem Vorstand gegen Empfangsbestätigung zu übergeben.

2Im Falle einer Neuwahl des gesamten Vorstands hat der scheidende Vorstand sämtliche Akten der Genossenschaft dem neu gewählten Vorstand gegen Empfangsbestätigung zu übergeben.

**4. Unterabschnitt: Kontrollstelle**

Artikel 21 **Zusammensetzung**

1Die Kontrollstelle besteht aus zwei Revisoren, die nicht Mitglied der Genossenschaft sein müssen.

2Sie wird von der Generalversammlung auf eine Amtsdauer von zwei Jahren gewählt. Die Wiederwahl ist zulässig.

Artikel 22 **Aufgaben und Befugnisse**

1Die Kontrollstelle prüft die Jahresrechnung bis spätestens Ende Februar.

2Sie hat sich auch über die ordnungsgemässe Führung der Bücher zu vergewissern.

3Die Kontrollstelle erstattet der Generalversammlung jährlich Bericht.

4 Bei ihrer Tätigkeit hat die Kontrollstelle das Recht auf Einsicht in alle Akten der Genossenschaft. Sie kann im laufenden Geschäftsjahr zusätzliche Kontrollen durchführen.

Artikel 23 **Geschäftsjahr**

Das Geschäftsjahr fällt mit dem Kalenderjahr zusammen.

**4. Abschnitt: Finanzordnung**

Artikel 24 **Genossenschaftsvermögen**

Das Genossenschaftsvermögen setzt sich namentlich zusammen aus:

a) Subventionsbeiträgen zur Bodenverbesserungsmassnahme

b) Perimeterbeiträgen, Jahresgebühren und Unterhaltsgebühren

c) Beiträgen für die Sondernutzung

d) Spenden, Zuwendungen und Zinsen des Genossenschaftsvermögens

e) Bussen

Artikel 25 **Perimeterbeitrag**

1Jedes Mitglied der Genossenschaft leistet als Eintrittsbeitrag einen Perimeterbeitrag, der von der Generalversammlung festgesetzt wird.

2Die Kosten des Unternehmens sind unter den Genossenschaftern nach den Vor- und Nachteilen die ihnen daraus erwachsen, zu verteilen. Die Genossenschaft ordnet den Perimeterbeitrag in einem Reglement.

Artikel 26 **Jahresgebühr**

1 Die Generalversammlung legt die Jahresgebühr für die Mitglieder der Genossenschaft fest.

2Diese Jahresgebühren kann nach dem Perimetersystem oder nach dem System der Einheitstaxe festgelegt werden, wobei für die Einheitstaxen auch Kategorien geschaffen werden können. Die Generalversammlung ordnet die Jahresgebühr in einem Reglement.

Arikel 27 **Unterhaltsgebühr**

1 Jedes Mitglied der Genossenschaft entrichtet jährlich eine Unterhaltsgebühr, die von der Generalversammlung festgesetzt wird.

2 Die Unterhaltsgebühr ist so festzusetzen, dass die Kosten des Unterhalts, des Betriebs und der Erneuerung (Rückstellungen) gedeckt sind. Die Generalversammlung ordnet die Unterhaltsgebühr in einem Reglement.

Artikel 28 **Haftung**

Für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft haftet:

a) in erster Linie das Genossenschaftsvermögen

b) subsidiär die Mitglieder der Genossenschaft persönlich und solidarisch bis zu einem Höchstbetrag von insgesamt Fr. 5'000.00

**5. A b s c h n i t t: Anlagen und Einrichtungen**

Artikel 29 **Duldungspflicht**

Die Mitglieder der Genossenschaft verpflichten sich:

a) den Bau, Ausbau und Unterhalt der genossenschaftlichen Weganlagen auf ihren Grundstücken zu dulden

b) allen Mitgliedern der Genossenschaft und deren Angehörigen das Recht einzuräumen, die genossenschaftlichen Weganlagen ihrem Zweck entsprechend zu benützen

Artikel 30 **Entschädigung**

Die Einräumung der Rechte nach Artikel 29 erfolgt grundsätzlich entschädigungslos. In besonderen Fällen kann der Vorstand eine Entschädigung ausrichten.

Artikel 31 **Sondernutzung**

1Werden die genossenschaftlichen Weganlagen mit Bewilligung des Vorstands durch ein Mitglied oder Nichtmitglied der Genossenschaft über das normale Mass hinaus beansprucht, kann der Vorstand dieses zur Leistung eines einmaligen oder jährlichen Beitrags für die Sondernutzung verpflichten.

2Der Vorstand kann an die Erteilung der Bewilligung für die Sondernutzung weitere Bedingungen und Auflagen knüpfen.

Artikel 32 **Sorgfaltspflicht**

Die Mitglieder der Genossenschaft verpflichten sich, alles zu unterlassen, was zu einer Schädigung der genossenschaftlichen Weganlagen führen könnte und alles zu tun, was deren Unterhalt erleichtert und sicherstellt.

**6. Abschnitt: Schlussbestimmungen**

Artikel 33 **Mitteilungen**

Wichtige und ausserordentliche Mitteilungen an die Mitglieder der Genossenschaft erfolgen schriftlich. Zudem können sie zusätzlich im Amtsblatt des Kantons Uri bekannt gegeben werden.

Artikel 34 **Anwendbares Recht**

Soweit diesen Statuten und dem einschlägigen kantonalen Recht keine Bestimmung entnommen werden kann, ist das Genossenschaftsrecht des Obligationenrechts (SR 220) sinngemäss anwendbar.

Artikel 35 **Rechtsmittel**

1Bussenverfügungen des Vorstandes gegen Mitglieder können innert 30 Tagen mit Rekurs bei der Generalversammlung angefochten werden.

2Beschwerden gegen Verfügungen der Genossenschaft richten sich nach Artikel 37 der Verordnung über die öffentlich-rechtliche Bodenverbesserungsgenossenschaft.

Artikel 36 **Beschluss und Genehmigung (Variante bei Gründung)**

1Diese Statuten bedürfen der Zustimmung der Mehrheit der Grundeigentümer, denen zugleich mehr als die Hälfte des beteiligten Bodens gehört (Art. 7 Abs. 1 der Verordnung über die öffentlich-rechtliche Bodenverbesserungsgenossenschaft)1)

2Sie bedürfen zudem zusammen mit dem Plan und der Kostenschätzung der Genehmigung durch den Regierungsrat (Art. 12 der Verordnung über die öffentlich-rechtliche Bodenverbesserungs-genossenschaft)2)

Artikel 36 **Beschluss und Genehmigung (Variante bei Änderung)**

1Diese Statutenänderung bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Genossenschafter.1)

2Die Statuten bedürfen der Genehmigung durch den Regierungsrat.2)

Ort/Datum: XXXXXXX

**Namens der Wegbaugenossenschaft**

**Name**

Der Präsident: Name

Der Sekretär: Name

1)An der Generalversammlung vom Datum mit dem erforderlichen Quorum beschlossen. Sie ersetzten die früheren Statuen vom Datum.

2)Vom Regierungsrat genehmigt am ......................................

**Anhang zu Artikel 4**

**Verzeichnis über die Mitglieder der Genossenschaft**

Gemeinde Name

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Parzellennummer /****Baurecht** | **Eigentümer, Jahrgang** | **Adresse** |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |